

Russland-Update



Zahlen, Daten & Fakten zur russischen Wirtschaft und den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen

1. Allgemeine Wirtschaftsentwicklung

Die russische Wirtschaft steckte 2016 im zweiten Jahr in Folge in einer Rezession. Das Land hat in den vergangenen Jahren zu wenige Anstrengungen unternommen, seine Wirtschaft unabhängig von den volatilen Rohstoffmärkten aufzustellen. Deshalb wurde Russland ab 2014 hart vom Absturz des Ölpreises getroffen. Dies hat auch zu einem starken Verfall des russischen Rubels beigetragen. Schwachstellen der russischen Wirtschaft bleiben die unzureichende Diversifizierung und eine zu hohe Staatsquote, die modernisierungsbedürftige Infrastruktur, die weiterhin zu verhaltene Bekämpfung der Korruption und der erschwerte Zugang zu Krediten. Die seit Sommer 2014 in Folge des Ukraine-Konflikts bestehenden westlichen Wirtschaftssanktionen verschärfen die Krise zusätzlich, vor allem der Finanzsektor ist von ihnen betroffen.

Als Reaktion auf die Sanktionen verstärkt die russische Regierung ihre Anstrengungen zur Importsubstitution. Der gesunkene Rubelkurs senkt die russischen Lohnstückkosten und begünstigt damit die russische Exportwirtschaft. Produzieren in Russland ist damit auch für ausländische Investoren attraktiver geworden. Zudem wurde das Geschäftsklima in den vergangenen Jahren stetig verbessert, zuletzt klagten die Firmen aber über zunehmende Kontrollen und administrative Hürden. Die traditionell stark entwickelte Rohstoffwirtschaft bleibt das Rückgrat der Wirtschaft, die aktuell wachstumsstärkste Branche ist die Agrarwirtschaft.

Wirtschaftswachstum: Im Verlauf des Jahres 2016 schwächte sich die Rezession in Russland deutlich ab. Für das Gesamtjahr 2016 meldete RosStat nach vorläufigen Berechnungen nur noch einen leichten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,2 Prozent. Für

das Jahr 2017 prognostiziert die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) wieder einen leichten BIP-Zuwachs von 1,2 Prozent.

2015 war das russische BIP nach zuletzt korrigierten Angaben des russischen Statistikamtes RosStat um 2,8 Prozent geschrumpft. Unter den größten Volkswirtschaften der Welt nach BIP lag Russland 2015 nach Angaben der Weltbank an 13. Stelle (Deutschland: 4. Stelle). Das BIP pro Kopf der russischen Bevölkerung (143 Millionen) lag bei 8.209 Euro (Deutschland: 37.000 Euro). Der Binnenkonsum, bis 2013 immer ein stabiler Wachstumstreiber, war 2015 und 2016 deutlich rückläufig. Bedingt wurde diese Entwicklung durch zum Teil hohe Reallohneinbußen, den schwachen Rubel, teure Verbraucherkredite und hohe Zinsen. Die allgemeine konjunkturelle Baisse sorgte für ein zurückhaltendes Kaufverhalten der Bevölkerung, durch die Währungsabwertung verteuerten sich ausländische Produkte. Zuletzt gingen sowohl die Inflation, als auch die Leitzinsen aber deutlich zurück, dadurch verbessern sich die Aussichten für eine Erholung 2017. Der Kurs des Rubels konnte sich zwischen Februar 2016 und Februar 2017 deutlich erholen und gewann gegenüber dem Dollar um 30 Prozent an Wert.

Geschäftsklima: Im „[Doing Business Report](#)“ der Weltbank, der insbesondere die Arbeitsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen bewertet, rückte Russland unter 189 Staaten 2017 auf Platz 43 vor. 2011 lag Russland noch auf Rang 123. Auch der „[Global Competitiveness Report 2016-2017](#)“ des Weltwirtschaftsforums stuft die Wettbewerbsfähigkeit Russlands höher ein. Unter 138 Staaten rückte Russland vom 45. auf den 43. Platz nach vorne.

In der 14. Geschäftsklima-Umfrage, die der Ost-Ausschuss und die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer Anfang 2017 durchführten, zeigte sich erstmals seit vier Jahren wieder eine positive Tendenz in der russischen Wirtschaftsentwicklung. Das unternehmerische Umfeld in Russland hat sich vor dem Hintergrund der konjunkturellen Belebung im Land spürbar verbessert: Fast die Hälfte der befragten Unternehmen vermeldet eine positive oder leicht positive Entwicklung des Geschäftsklimas im Jahresverlauf 2016. Für das Jahr 2017 sind 68 Prozent der Unternehmen optimistisch.

Wirtschaftspolitische Trends: Die russische Wirtschaftspolitik forciert im Zuge der westlichen Sanktionspolitik eine Politik der Lokalisierung und Importsubstitution. Russland versucht zunehmend westliche Industrieprodukte durch Eigenproduktion oder Importe aus vorwiegend asiatischen Ländern zu ersetzen. Das Programm zur Importsubstitution vom März 2015 sieht vor, künftig über 2.200 Produkte in 20 Branchen in Russland selbst herzustellen. Am 30. Juni

2015 trat das Gesetz über Industriepolitik in Kraft, das die Schaffung einer wettbewerbsfähigen Industrie durch Fördermaßnahmen und Vorgaben für die öffentliche Einkaufspolitik anstrebt.

Das Thema Lokalisierung wird von der deutschen Wirtschaft aufmerksam verfolgt. Aktuelle Lokalisierungsprojekte deutscher Unternehmen zeigen, dass die deutsche Wirtschaft auch in einem schwierigen Umfeld daran arbeitet, die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland weiterzuentwickeln. Ein Beispiel dafür ist der Aufbau eines Mercedes-Werks nahe Moskau, das bis 2020 mit der Produktion beginnen soll. Diese Projekte fördern vor allem auch mittelständische Zulieferstrukturen nach dem Motto „Made in Russia for Russia“. Ausländische Investoren haben mittlerweile die Möglichkeit, durch Sonderinvestitionsverträge in den Rang russischer Unternehmen aufzusteigen und damit bei staatlichen Ausschreibungen zum Zuge zu kommen. Drei derartige Verträge mit deutschen Unternehmen wurden bereits geschlossen.

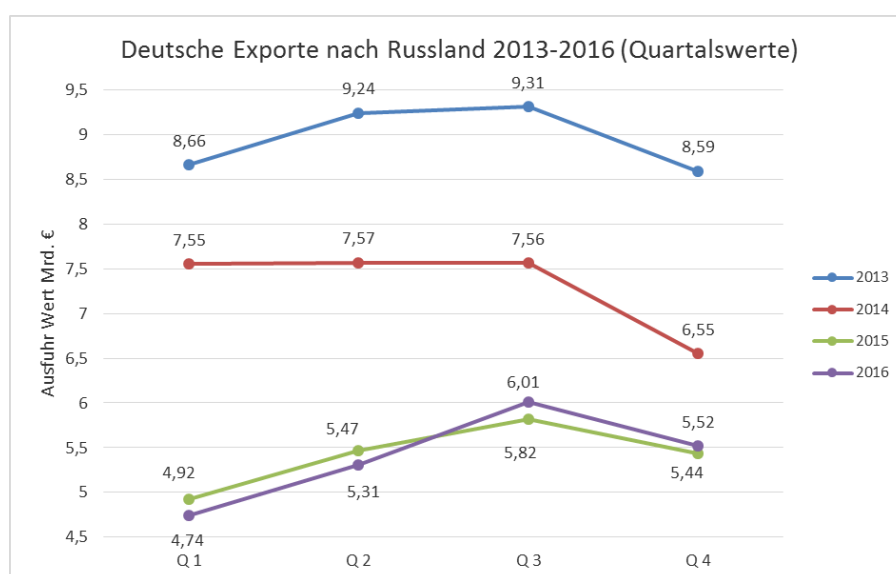
Haushalt und Verschuldung: Im Jahr 2016 lag das föderale Haushaltsdefizit bei 3,6 Prozent des BIP. Zwei in guten Zeiten aus hohen Öleinnahmen gespeiste Fonds werden zur Finanzierung des Defizits herangezogen. Im Jahr 2016 wurden 34 Milliarden Dollar aus den Fonds entnommen. Sie waren nach Angaben des russischen Finanzministeriums Ende 2016 noch mit rund 88 Milliarden Dollar gefüllt (Reservefonds: 16 Milliarden Dollar, Nationaler Wohlfahrtsfonds: 72 Milliarden Dollar).

Was Auslandsverschuldung und Reserven angeht, weist Russland nach wie vor sehr solide Werte auf (Bruttoauslandsverschuldung rund 40 Prozent des BIP, öffentliche Verschuldung unter 15 Prozent des BIP, Währungsreserven 378 Milliarden Dollar).

2. Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland

Handelsentwicklung: Der deutsch-russische Handel war bis zum Sommer 2016 vier Jahre in Folge rückläufig. Dieser Trend, der bereits 2013 einsetzte, wurde durch niedrigere Einnahmen aus Rohstoffexporten und durch die gegenseitigen Sanktionen beschleunigt. Im Sommer 2016 konnte der negative Handelstrend zumindest bei den deutschen Exporten nach Russland gestoppt werden. Diese stiegen im 3. und 4. Quartal 2016 nach zuvor 13 negativen Quartalen in Folge erstmals wieder an, sodass die deutschen Exporte nach Russland im Gesamtjahr 2016 das Niveau des Jahres 2015 nahezu verteidigen konnten (-0,3 Prozent). Bis zum Sommer sah es dagegen noch nach einem deutlichen Minus aus.

Deutschland lieferte nach den gerade von uns ausgewerteten Zahlen des Statistischen Bundesamtes 2016 Güter im Wert von 21,6 Milliarden Euro nach Russland. Das ist ein minimaler Rückgang um 64 Millionen Euro im Vergleich zu 2015. Dagegen gingen die Importe aus Russland im Jahr 2016 um 12,1 Prozent auf 26,4 Milliarden Euro zurück. Letzteres ist vor allem auf gesunkene Rohstoffpreise auf den Weltmärkten und nicht auf verringerte Volumina zurückzuführen. Im Gegenteil: Deutschland importierte 2016 rund 40 Prozent seines Importbedarfs an Rohöl aus Russland, ein Rekordwert. Auch die Einfuhren von Erdgas lagen auf Rekordniveau.



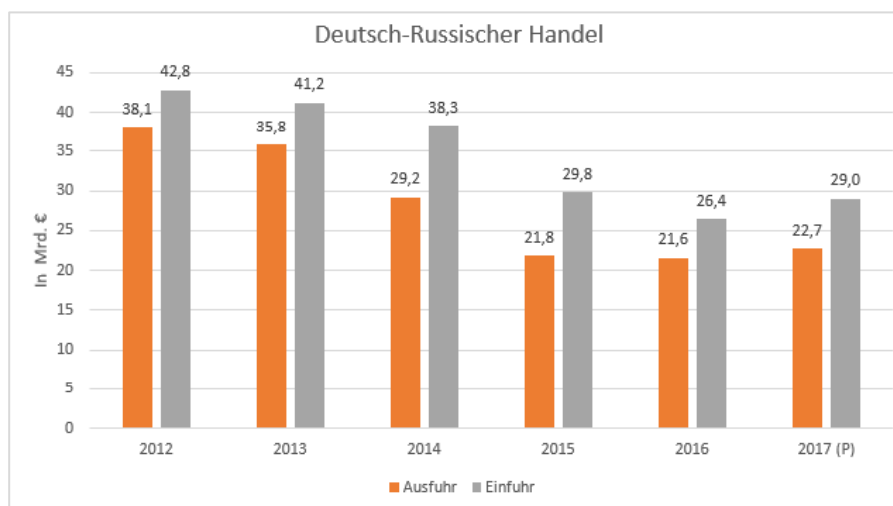
Graphik: Ost-Ausschuss; Quelle: Statistisches Bundesamt

Für das Jahr 2017 prognostiziert der Ost-Ausschuss eine Stabilisierung der Importe aus Russland und einen Anstieg des deutschen Exports um mindestens fünf Prozent.

Dennoch sind die Verluste im bilateralen Handel in den vergangenen Jahren signifikant und es besteht derzeit wenig Aussicht, dass an alte Spitzenwerte wieder angeknüpft werden kann: Seit dem Rekordjahr 2012 hat sich das deutsch-russische Handelsvolumen von 80 Milliarden Euro auf nunmehr 48 Milliarden Euro (2016) verringert. Dies ging vor allem zu Lasten der deutschen Exporte nach Russland. Diese haben sich seit 2012 von 38 Milliarden Euro nahezu halbiert. Sowohl bei den Importen als auch bei den Exporten verlor Russland in der Rangliste der deutschen Außenhandelspartner an Boden: Unter den deutschen Absatzmärkten belegte Russland 2016 nur noch Rang 16 (2012: Rang elf).

Besonders betroffen von der negativen Handelsentwicklung ist der deutsche Maschinenbau, auch weil die westlichen Sanktionen gegen die russische Energie- und Rüstungswirtschaft vor allem kurz nach Verhängung der Sanktionen 2014 zur aufwändigen Prüfung vieler Maschinenexporte durch das Bundesamt für Ausfuhrkontrolle BAFA geführt hat. 2016 gingen die Maschinenexporte nach Russland um weitere 2,9 Prozent auf 4,7 Milliarden Euro zurück. Im Jahr davor waren sie sogar um 27 Prozent eingebrochen. Damit lag Russland 2015 nur noch auf Platz elf unter den Exportmärkten des deutschen Maschinenbaus, 2012 belegte es noch Platz vier.

Unter den russischen Gegensanktionen im Agrarbereich leidet wiederum die deutsche Landwirtschaft. Die deutschen Bauern erleiden dadurch nach Zahlen des Deutschen Bauernverbands einen jährlichen Verlust von einer Milliarde Euro.



Quellen: Statistisches Bundesamt; Ost-Ausschuss, (P)=Prognose

Trotz der rückläufigen Volumina war Deutschland für Russland im Jahr 2015 nach China weiterhin der wichtigste Handelspartner. 7,4 Prozent der gesamten russischen Exporte gingen in die Bundesrepublik, die damit hinter den Niederlanden und China auf Platz drei rangierte. Importseitig war Deutschland nach China mit einem Marktanteil von 11,2 Prozent das zweitwichtigste Lieferland.

Deutsch-Russischer Handel:
Die wichtigsten fünf Warengruppen 2016

Deutscher Export:

Waren	in Mio. Euro
Maschinen	4.677,6
Kraftwagen und Kraftwagenteile	3.484,9
Chemische Erzeugnisse	2.619,1
Pharmazeutische und ähnliche Erzeugnisse	1.564,7
Elektrische Ausrüstungen	1.472,9
Gesamt:	13.819,2

Deutscher Import:

Waren	in Mio. Euro
Erdöl und Erdgas	16.403,9
Kokerei- und Mineralölerzeugnisse	3.634,8
Metalle	2.857,5
Kohle	1.085,9
Chemische Erzeugnisse	693,4
Gesamt:	24.675,5

Deutsche Investitionen: Seit Beginn der Krise ist die Präsenz deutscher Unternehmen auf dem russischen Markt von rund 6.000 auf 5.300 gesunken. Die überwiegende Mehrheit der deutschen Unternehmen hält also trotz der schwierigen politischen Bedingungen am russischen Markt fest. Die Unternehmen nutzen die Zeit des abgekühlten Wachstums, um sich strategisch besser aufzustellen, personelle Überkapazitäten abzubauen und sich für die Zeit der anziehenden Konjunktur zu präparieren. Für Neueinsteiger ist die Zeit günstig, da Immobilien im Preis deutlich billiger und zahlreicher verfügbar sind. Das gleiche gilt für Übernahmen. Auch qualifizierte Arbeitskräfte, an denen in Russland lange Zeit Mangel herrschte, stehen dem Arbeitsmarkt aktuell in größerer Zahl zur Verfügung. Die Schwäche des Rubels und der starke Rückgang der Lohnkosten machen eine Produktion im Inland attraktiver und sogar einen Export aus Russland heraus in Drittländer möglich.

Es gab in den letzten Monaten zudem eine Reihe neuer Investitionsprojekte. Die Wirtschaftsberatung Ernst & Young hat in einer Studie 36 deutsche Investitionsprojekte für 2015 ermittelt. Nachdem die deutschen Netto-Direktinvestitionen in Russland 2014 um 200 Millionen Euro sanken, wies die deutsche Bundesbank für 2015 neue deutsche Direktinvestitionen in Russland im Umfang

von 1,8 Milliarden Euro aus. Im Jahr 2016 wurden weitere 1,9 Milliarden Euro an deutschen Direktinvestitionen in Russland verzeichnet.

Auch große Leuchtturmprojekte wie die geplante Pipeline Nord Stream 2, eine Eisenbahn-Hochgeschwindigkeitstrasse zwischen Moskau und Kasan, das neue Mercedes-Benz-Werk nahe Moskau sowie die 2018 anstehende Fußball-Weltmeisterschaft in Russland könnten zu einer neuen Dynamik in den Wirtschaftsbeziehungen beitragen.

3. Wirtschaftssanktionen

Im August 2014 wurden zwischen der EU und Russland als Folge der Auseinandersetzungen zwischen Russland und der Ukraine erstmals seit Beendigung des Kalten Krieges gegenseitige Wirtschaftssanktionen eingeführt, im September 2014 folgte deren Ausweitung. Hinzu kommen direkte Sanktionen der EU gegen einzelne Firmen, Organisationen und Personen. Die EU Wirtschaftssanktionen beinhalten ein Waffenembargo, Finanzmarktsanktionen sowie Beschränkungen oder Verbote bei der Lieferung von Dual-Use-Gütern sowie spezifischer Ölfördertechnologie und -ausrüstung. Rechtsfolgen der Sanktionen sind Beschränkungen und Verbote bei der Ausfuhr von Gütern und Technologie nach Russland. Auch sind Vermittlungsgeschäfte und Dienstleistungen im Zusammenhang mit den Gütern betroffen. Sanktionsverstöße sind strafbewehrt. Von russischer Seite wurde seit August 2014 gegen diejenigen Länder, die sich an den Sanktionen beteiligen, ein Importstopp von Agrargütern eingeführt.

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten haben im März 2015 den Abbau der Handels- und Investitionsbeschränkungen gegen Russland an die vollständige Umsetzung des so genannten Minsker Abkommens zur Befriedung des Konflikts in der Ost-Ukraine geknüpft. Zuletzt verlängerte die EU im Dezember 2016 die Wirtschaftssanktionen gegen Russland bis Juli 2017. Als Reaktion darauf hat Russland das Importverbot für Agrarprodukte aus der EU bis Ende 2017 verlängert. Am stärksten betroffen sind deutsche Unternehmen von den Finanzmarktsanktionen, die es russischen Banken erschweren, sich am internationalen Kapitalmarkt zu refinanzieren, und Kredite für russische Kunden stark verteuern.

Sanktionsfolgen für die deutsche Wirtschaft: Der EU-Russland-Handel ist von 2013 bis 2015 um 120 Milliarden Euro oder umgerechnet 35 Prozent eingebrochen. Russland fiel dadurch noch hin-

ter die Schweiz an die vierte Stelle der wichtigsten EU-Handelspartner zurück. Die deutschen Exporte nach Russland schrumpften seit 2013 um 40 Prozent (35 Milliarden auf 22 Milliarden Euro). Diese Rückgänge sind aber nur teilweise auf die Sanktionen zurückzuführen, denn es gibt konjunkturell wichtigere Einflussfaktoren wie den stark gesunkenen Ölpreis, der einen großen Anteil am Niedergang der Konjunktur in Russland und weiteren Ländern der Region hat.

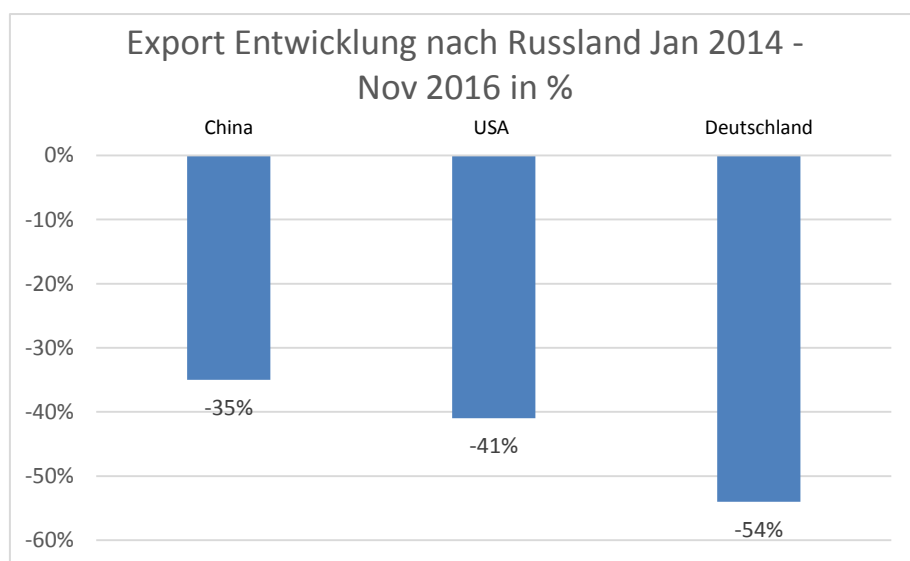
Für Deutschland haben Forscher der Universitäten Bremen und Leipzig im Juli 2016 eine Berechnung der Sanktionsfolgen publiziert. Sie berechnen für die Jahre 2014 und 2015 einen sanktionsbedingten Produktionsverlust in Deutschland in Höhe von 13,5 Milliarden Euro, was einem sanktionsbedingten Verlust von 60.000 Arbeitsplätzen entspräche. Dabei wird der direkte Exportrückgang durch die Sanktionen für beide Jahre zusammen nur auf 4,4 Milliarden Euro beziffert. Die indirekten Effekte entlang der Wertschöpfungskette (inklusive Rückgänge im Tourismus) werden dreimal höher eingeschätzt als die reinen Exportausfälle.

Eine weitere Studie des Wiener Instituts für Wirtschaftsforschung Wifo und der Uni Kiel vom Dezember 2016 errechnete für die 27 Länder der Europäischen Union für 2015 einen negativen Bruttowertschöpfungseffekt von rund 18 Milliarden Euro. Dies wird in der Studie in einen Verlust von rund 400.000 Beschäftigungsverhältnissen in der EU umgerechnet, rund 100.000 davon in Deutschland. Innerhalb der EU sind, gemessen an ihrer Wirtschaftskraft, nach dieser Studie vor allem die baltischen Staaten und Polen von den Wirtschaftssanktionen betroffen. Die Analyse berücksichtigt ausschließlich den sanktionsbedingten Einbruch des direkten Handels zwischen Russland und der EU und stellt keine Berechnungen zu weiteren, sanktionsbedingten Verlusten an.

Insgesamt bleibt die Bestimmung der Sanktionsfolgen der Jahre 2014-2016 und der zukünftigen Auswirkungen schwierig. Einige Effekte werden sich über die Jahre abschwächen, weil Unternehmen neue Märkte entwickeln und Marktlücken anderweitig geschlossen werden. Andere Effekte potenzieren sich vielleicht über die Jahre: Unterlassene Investitionen 2014 verursachen womöglich unterlassene Folgeinvestitionen 2015, 2016 usw. Zudem sind bislang keine Studien bekannt, die die Auswirkungen der Sanktionen auf Russland oder die Ukraine nachvollziehbar hochgerechnet haben. So bleibt eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Sanktionskosten und -folgen für ganze Europa einschließlich Russlands und der Länder der Eurasischen Union weiter sehr spekulativ.

Dennoch deuten die oben erwähnten Teilrechnungen und Schätzungen darauf hin, dass die Sanktionslasten und negativen Wirtschaftseffekte inzwischen in ihrer Gesamtheit für die EU, Russland und die Nachbarländer 2014 und 2015 zusammengenommen mindestens einen hohen zweistelligen, wenn nicht sogar einen dreistelligen Milliarden-Euro-Betrag erreicht haben.

Auch die Aussage, dass alle beteiligten Sanktionsländer unter der gegenwärtigen Situation wirtschaftlich leiden, lässt sich fundieren. Mögliche Sanktionsgewinner finden sich, wenn überhaupt, andernorts, wobei sich Befürchtungen, dass Länder wie China, die Schweiz, die Türkei, Südkorea, Brasilien, Ägypten oder Israel dauerhaft deutsche und EU-Marktanteile in Russland besetzen könnten, nur ansatzweise bewahrheitet haben. Auch die oft wiederholte These, US-Unternehmen würden aufgrund einer cleveren Sanktionspolitik Marktanteile in Russland gewinnen, lässt sich aufgrund der Handelsstatistiken nicht eindeutig belegen. Tatsächlich sanken die Exporte von China nach Russland und aus USA nach Russland seit 2014 ebenfalls deutlich, wenn auch nicht im Umfang der deutschen Exporte.



Graphik: Ost-Ausschuss; Quellen: Russisches Zollamt (<http://stat.customs.ru/>); Federal State Statistic Service (<http://www.gks.ru>)

In den vergangenen Monaten gab es verhalten positive Zeichen einer Annäherung zwischen Deutschland und Russland. Dazu gehören unter anderem Vorschläge von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier für einen schrittweisen Abbau der Wirtschaftssanktionen parallel zu substanziellen Fortschritten bei der Umsetzung des Minsker Abkommens. Im Juni 2016 traf sich in Berlin nach mehr als zwei Jahren Pause erstmals wieder die deutsch-russische Strategische Ar-

beitsgruppe für Wirtschaft und Finanzen (SAG). Sie gilt als wichtigstes Gremium für die deutsch-russische Wirtschaftszusammenarbeit.

Eine aktuelle Übersicht zu den bestehenden Sanktionen finden Sie hier: www.gtai.de/russland-sanktionen.

4. Kontaktstelle Mittelstand im Ost-Ausschuss

Um in Zukunft die mittelständischen Strukturen noch weiter zu stärken und deutschen Unternehmen den Eintritt in den russischen Markt zu erleichtern wurde 2013 auf Initiative des Ost-Ausschusses die Kontaktstelle Mittelstand eingerichtet. Sie hat das Ziel, Netzwerke und Informationen über wirtschaftliche und rechtliche Rahmenbedingungen für den Markteintritt in Russland und anderen ost-europäischen Ländern bereitzustellen und interessierte Unternehmen zu beraten. Die Kontaktstelle führt zudem zusammen mit der Commerzbank und Ernst & Young eine Veranstaltungsreihe in verschiedenen deutschen Städten durch, die speziell deutsche Mittelständler über die derzeitige Entwicklung in Russland sowie steuerliche und rechtliche Aspekte informiert. Finanziert wird die Kontaktstelle durch sieben Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses: BAUER COMP Holding GmbH, Commerzbank AG, Ernst & Young GmbH, Herrenknecht AG, Knauf Gips KG, Schaeffler AG und Wolfkran. Leiter der Kontaktstelle ist Jens Böhlmann.

Kontakt: 030-206167-127; j.boehlmann@bdi.eu.

5. Aktuelle Russland-Termine des Ost-Ausschusses

Das nächste **Treffen des Länderarbeitskreises Russland**, der von Klaus Schäfer (CEO Uniper und stv. Vorsitzender des Ost-Ausschusses) geleitet wird, findet am 27. März 2017 in Berlin statt.

Vom 6. bis 7. April 2017 findet das **5. east forum Berlin** statt. Rund 400 Teilnehmer aus Wirtschaft und Politik diskutieren dabei über die Wege zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum zwischen Lissabon und Wladiwostok.

www.eastforum-berlin.de

Im Rahmen der Hannover Messe 2017 veranstaltet der Ost-Ausschuss in Kooperation mit SAP, Severstal und der Deutschen Messe am 26. April 2017 eine Diskussionsveranstaltung zum Thema **„Russia – Germany: Digital Transformation of Industries and New Opportunities for Cooperation“**.

Am 17. Mai findet die Russland-Veranstaltung **„Politische Rahmenbedingungen“** mit MdB Christian Hirte in Berlin statt.

Vom 1.-3. Juni 2017 steht in St. Petersburg das nächste **St. Petersburg International Economic Forum** auf dem Programm.

6. Weitere Informationen

Ansprechpartnerin für Russland im Ost-Ausschuss:

Dr. Christiane Schuchart
Regionaldirektorin Russland
Tel.: 030 206167-123
Fax: 030 2028-2712
C.Schuchart@bdi.eu

Wichtige Links:

Deutsch-Russische Auslandshandelskammer:
<http://russland.ahk.de/>

Bundesbank:
www.bundesbank.de

Deutsche Botschaft Moskau:
www.germania.diplo.de/Vertretung/russland/de/Startseite.html

Germany Trade&Invest:
www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/welcome.html

Fachmagazin OstContact:
<https://owc.de/>

Märkte Weltweit:
<http://www.maerkte-weltweit.de>

Ostexperte – Der Blog zum Russlandgeschäft:
<http://www.ostexperte.de>

Russische Statistikbehörde:
www.gks.ru/wps/wcm/connect/rosstat_main/rosstat/en/main/

Statistisches Bundesamt:
<https://www.destatis.de/DE/Startseite.html>

Aktuelle Statistiken und viele weitere Informationen zu den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen und zu weiteren 20 Ost-Ausschuss-Ländern finden Sie auf der Internet-Seite des Ost-Ausschusses unter www.ost-ausschuss.de/l-nder

Newsletter: Der Ost-Ausschuss bietet einen kostenlosen monatlichen Newsletter an, den Sie über die Internetseite www.ost-ausschuss.de abonnieren können. Folgen Sie uns auch auf Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss).

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft ist seit 1952 als gemeinsames Organ von fünf Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft zentraler Ansprechpartner deutscher Unternehmen für die Märkte Russland, Belarus, Ukraine, Zentralasien, Süd-Kaukasus und Südosteuropa. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Informieren, Vernetzen, Handeln!

Presse-Kontakt: Ost-Ausschuss
Andreas Metz
Tel.: 030 2028-1441
E-Mail: A.Metz@bdi.eu
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)